



Eimsbüttler **Rot**

Wahlsonderausgabe
Februar 2011

Zeitung der DKP Hamburg-West

www.dkp-hamburg.de

Rot/Grün: Das Personal wechselt, die Politik bleibt gleich

Inhalt

Seite 1 - 3	Zu den Wahlen
Seite 4 - 5	Interview mit Hartmut Obens Kandidat zur Be- zirksversamm- lung Eimsbüttel
Seite 6 - 7	Sparbierplatz: Senatsgeschenk an Agaplesion
Seite 7	Leserbrief
Seite 8	Termine, Wir über uns

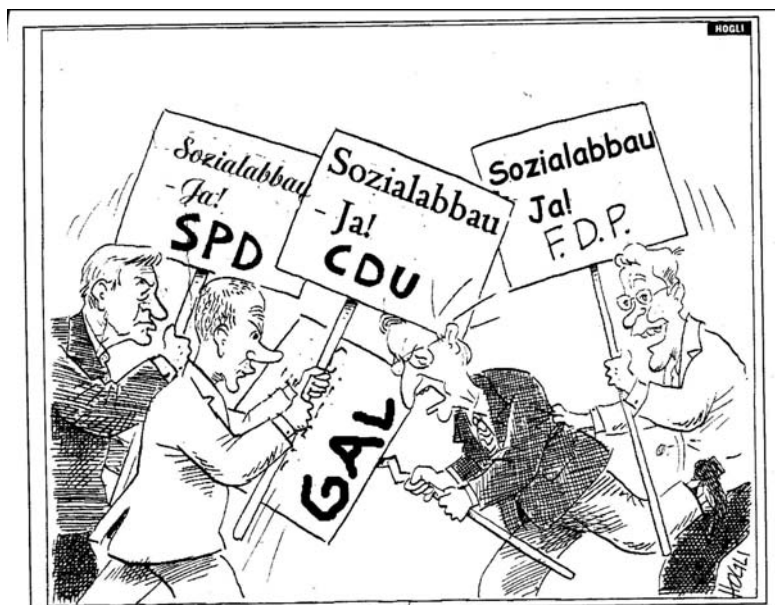
Nach der verheerenden schwarz-grünen Regierung streben SPD und GAL eine Koalition an und machen sich beste Hoffnungen, in Hamburg den Senat stellen zu können. Die Meinungsumfragen bestätigen sie darin.

Doch was soll das Ergebnis sein?

Olaf Scholz will die Interessen der Wirtschaft in das Zentrum seiner Senatspolitik stellen und hat hierzu den Präses der Handelskammer Frank Horch als seinen Schatten-Wirtschaftssenator präsentiert. Im Wahlkampf unterstützt ihn Gerhard Schröder, der seine unsoziale Agenda 2010-Politik als nachahmenswertes Beispiel benennt. Doch die Rolle von Olaf Scholz sollte nicht kleingeredet werden. Bei der Rente mit 67, den Hartz-Gesetzen oder der Ausweitung der Leiharbeit hat er an verantwortungsvoller Stelle Angela Merkel und Gerhard Schröder geholfen. Das Ergebnis ist bekannt.

Die SPD – die neue Partei der Wirtschaft ?

Übertreffen möchte Olaf Scholz die CDU aber noch an anderer Stelle: Die SPD verordnet Hamburg einen Kürzungskurs: „Wir sind uns der Härte sehr bewusst“ „Wir werden das Ausgabenwachstum im Haushalt auf ein Prozent begrenzen, ungeachtet etwaiger Mehreinnahmen... Das zweite Prinzip wird lauten, dass für neue Aufgaben an anderer Stelle im Haushalt gespart werden muss.“ Auch bei den Finanzen steht Wirtschaftsförderung an erster Stelle: Eine Neueinstellung von Finanzprüfern, um die Reichen zur Kasse zu bitten, wird von ihm abgelehnt.



Die GAL – Opportunismus satt

Als Regierungspartei hat die GAL die unsoziale Hamburger Senatspolitik mitgetragen, hat ihre Wahlversprechen und verkündeten Umweltansprüche in der realen Praxis verraten. Wo war ihr Widerstand gegen die Laufzeitverlängerung in der Hamburger Bürgerschaft? In der Presse beklagte sie den Verrat der Atomindustrie, in der Bürgerschaft ging sie in Deckung und schwieg.

Die ganz große Koalition:

- Die Deregulierung des Finanzsektors – eine wesentliche Voraussetzung für die Finanzkrise – wurde durch die rot-grüne Bundesregierung vorangetrieben, CDU und FDP haben mit- und weitergemacht. Als später die Banken auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden wollten, waren sie alle dafür.
- Die rot-grüne Koalition erfand Hartz IV und hat Leiharbeit für Arbeitgeber attraktiv gemacht. CDU und FDP machen weiter.
- Die Rente mit 67 ist als Gemeinschaftswerk auf den Weg gebracht worden.
- Eine rot-grüne Bundesregierung hat den Krieg wieder zum Mittel deutscher Politik gemacht.

Waren alle dabei? Nein, eine Partei hat sich verweigert!

Nur die LINKE ist im Bundestag gegen diese Politik gegen die eigene Bevölkerung aufgestanden. Deshalb unterstützen wir Kommunisten ihre Kandidatur.

Wenn Sie deshalb nicht Senatoren austauschen, sondern eine andere Politik wollen:

Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl:

Mit allen 5 Stimmen

DIE LINKE.

wählen



Bilanz schwarz (-grüner) Regierungspolitik

In Hamburg hat die CDU nach 10 Jahren Regierung in wechselnder Besetzung (Schill, FDP, GAL) eine verheerende Bilanz hinterlassen. Milliardenbeträge wurden in der HSH-Nordbank und Leuchtturmprojekten wie der Elbphilharmonie oder der U4 verpulvert. Gleichzeitig wurden Studiengebühren eingeführt, Elternbeiträge in den Kitas erhöht, Zuschüsse für Bücherhallen, Bäder, soziale und kulturelle Einrichtungen gekürzt. Entgegen einem Volksentscheid wurden die Krankenhäuser an den Privatkonzern Asklepios verschachert. Es wurde gespart wie noch nie, und trotzdem ist die Stadt höher verschuldet als zuvor. In der wachsenden Stadt wächst vor allem die Ungleichheit, steigende Mieten vertreiben Arme und Normalverdiener aus den zentralen Stadtteilen. SAGA/GWG dienen der Haushaltsfinanzierung, Wohnungspolitik reduzierte sich auf die Förderung der Privatinvestoren.

Aktiv werden: Es ist mehr als eine Stimmabgabe notwendig!

Wehren Sie sich, ob im Wendland bei den Castorprotesten, in Stuttgart bei S21, der Menschenkette durch die Hamburger Innenstadt oder im Betrieb. Nur wenn immer mehr Menschen für ihr Recht eintreten und nicht alles hinnehmen, kann sich in diesem Land etwas zum Besseren ändern. Und diese Aufgabe können Sie nicht in die Parlamente abschieben. Wir Kommunisten sind dabei.

Die Laufzeitverlängerung
für AKWs ist und bleibt
alternativlos!



Stuttgart 21 ist
und bleibt alternativlos!



Der Bundeswehreinsetz
in Afghanistan ist und
bleibt alternativlos!



Schwarz/Gelb ist
und bleibt alternativlos!



Und das Wort "Alternativlos"
ist und bleibt alternativlos!!



Die Unwort-Nutzerin des Jahres ...

Für ein soziales Hamburg!

DIE LINKE.

Wahlprogramm
Bürgerschaftswahl 2011

Aus dem Wahlprogramm:

„Für einen Politikwechsel
Gegen diese Politik hat DIE LINKE in
den letzten Jahren innerhalb und
außerhalb der Bürgerschaft und der
Bezirksversammlungen opponiert,
Proteste unterstützt und zahlreiche
Initiativen für soziale Gerechtigkeit
gestartet: Für ein Sozialticket und
Kultur für alle, für eine Schule für

alle und gebührenfreie Bildung von
der Kita bis zur Hochschule. Für
sozialen Wohnungsbau, für eine
Bürgerversicherung und eine hoch-
wertige und bezahlbare Pflege. Für
die Demokratisierung der Polizei, für
Gleichberechtigung der MigrantIn-
nen, gegen Abschiebungen. Für den
Verbleib der Uni in Eimsbüttel, gegen
die Ansiedlung von IKEA und Möbel
Höffner. Für Offenheit und mehr
Transparenz der Senats- und Verwal-
tungsentscheidungen, gegen
Standortpolitik, gegen das HSH
Nordbank- und Elbphilharmonie-
Desaster, gegen den Abbau des
öffentlichen Dienstes...

Nun ist der Senat vorzeitig zerbro-
chen. Jetzt besteht die Chance, dass
die Hansestadt wieder ihre Aufgaben
für die Bürgerinnen und Bürger
wahrnimmt.

DIE LINKE Hamburg setzt sich für
einen radikalen Kurswechsel der
Landespolitik ein. Mit einem bloßen
Regierungswechsel ist es nicht getan.
Damit haben die HamburgerInnen
nur schlechte Erfahrungen gemacht.
Ob SPD/FDP, SPD/Stattpartei,
SPD/GAL, CDU/FDP/Schill, CDU oder
CDU/GAL nun jeweils den Senat
gebildet haben: Die soziale Spaltung
der Stadt wurde immer tiefer. „

Interview mit Hartmut Obens – Kandidat für die Bezirksver- sammlung Eimsbüttel der LINKEN.

Hartmut Obens ist vielen Eimsbüttlern bekannt durch die jährlichen Lesungen zum Tag der Bücherverbrennung, die er zusammen mit seiner Frau Helga initiiert hat.



Eimsbüttler Rot (ER): *Die LINKE fordert eine starke Steigerung der Löhne, Renten und Sozialleistungen von bis zu 10% noch in diesem Jahr. Die Rente solle zudem „armutsfest“ und die Gesundheitsversorgung durch eine „Einklassenmedizin“ gewährleistet werden. Hartz 4 sei abzuschaffen.*

Träumen Sie trotzdem von einer Koalition mit SPD und GAL?

Hartmut Obens (HO): Warum im Voraus ausschließen, dass SPD und GAL am Ende auf die Duldung durch uns angewiesen sind oder uns als Koalitionspartner brauchen? Beide haben diesen Fall bisher ja nicht ausgeschlossen. Aber jede Zustimmung durch die LINKE verlangt einen Politikwechsel in dieser Stadt. Ohne auf die LINKE angewiesen zu sein, werden SPD und GAL dazu nicht bereit sein. Eins steht für mich fest: Ohne eine starke Linksfraktion wird die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben.

ER: *Die Medien berichten über das Duell Scholz / Ahlhaus. Während die GAL noch*

als Mehrheitsbeschaffer erwähnt wird, taucht die LINKE kaum auf.

HO: An der Berichterstattung der bürgerlichen Medien können wir nichts ändern. Aber wir machen eine Politik, die keinen Unterschied zwischen unseren Aussagen und unseren Taten aufkommen lässt. Selbst das Hamburger Abendblatt kommt nicht umhin, unserer Bürgerschaftsfraktion ein Top-Zeugnis als ernstzunehmende Opposition auszustellen. Warum sollte der Wähler das nicht honorieren und uns zu der nötigen Stärke verhelfen?

ER: *Sie selbst kandidieren „nur“ für die Bezirksversammlung Eimsbüttel. Bezirksparlamente haben nicht viel zu bestimmen. Warum kandidieren Sie dann dafür?*

HO: Bezirksparlamente könnten sehr viel mehr, wenn sie sich nicht als reine Kontrollorgane der Verwaltung betätigen, sondern ihr politisches Mandat weiter fassen. Dem Senat wird das Durchregieren schwerer gemacht, wenn ein Bezirksparlament öffentlich an der Seite der Initiativen und Betroffenen in Opposition geht, z.B. in Sachen Wohnbebauung, Abbau kommunaler Verwaltung, Verlegung der Universität oder Kürzung kultureller und sozialer Mittel in der Alten- und Jugendpflege.

ER: *Da sind wir in Eimsbüttel angekommen. Bei vielen Vermietern haben nur noch kinderlose Paare mit tadellosen Einkommen eine Chance.*

Hartmut Obens: Leider ist das richtig. In Eimsbüttel ist der Anteil an Sozialwohnungen mit 7% gerade halb so hoch wie im Stadtdurchschnitt und der soziale Wohnungsbau ist in Hamburg fast völlig zum Erliegen gekommen. Aber das brachte Stadtplaner und Kommunalpolitiker offenbar bisher nicht um ihren gesunden Schlaf. Vielmehr werden z.Z. auch noch die wenigen verbliebenen städtischen Flächen an Investoren vergeben, die ausschließlich teure Eigentums- und Mietwohnungen bauen lassen, wie am Lohkoppelstieg und am Grandweg zu besichtigen. Leider sind SPD und GAL auch im Fall des überflüssigen Möbelhauses Höffner eingeknickt. Da ist es höchste Zeit, laut zu werden.



ER: *Hamburg gilt als reichste Region in Deutschland. Dennoch sind die Kassen leer. Der Öffentliche Dienst und städtische Arbeitsplätze waren noch vor keinem Senat sicher.*

HO: Dabei liegt die Bundesrepublik Deutschland mit der Beschäftigung im Öffentlichen Sektor im unteren Drittel Europas. Selbst Hamburger Unternehmer wie der Reeder Peter Krämer finden die Besteuerung der großen Unternehmen beschämend niedrig. Milliarden werden an der Steuer vorbei aus Hamburg auf Privatkonten in der Schweiz transferiert. Steuerfahnder werden nicht eingestellt, obwohl jede Überprüfung von Großverdienern durchschnittlich 110 000 Euro Steuernachzahlung bringt. Das ist die traurige Grundlage der leeren Senatskassen und das werden wir nicht müde anzusprechen, auch im Bezirksparlament des keinesfalls nur von Kleinverdienern bevölkerten Stadtteils Eimsbüttel.

ER: *Eine Frage noch zu einem auf den ersten Blick wenig kommunalen Thema. Sie sind uns auch bekannt als fleissiger Zeitungsverteiler vor den Eimsbüttler Werktoeren von NXP-Philips und Beiersdorf. Was ist an diesen Industrieunternehmen politisch so interessant?*

HO: Beide Unternehmen boomen zur Zeit, liegen aber immer wieder dem Hamburger

Steuerzahler auf der Tasche. NXP-Philips entließ in der Krise zur Jahreswende 2009 fast 850 Beschäftigte aus dem Chip-Werk in der Stresemannallee. Davon wurden 400 dieser Kollegen in einer Transfergesellschaft vornehmlich auf öffentliche Kosten befristet geparkt. Viele davon beschäftigt NXP-Philips nun in einer eigens gegründeten Leihfirma zu Niedriglöhnen.

Das DAX-Unternehmen Beiersdorf, in dem über Generationen hinweg ganze Eimsbüttler Familien Arbeit und Auskommen fanden, hat trotz stabiler Gewinne große Teile seiner Produktion verkauft oder ausgegliedert. Bei jeder Gelegenheit nimmt sie Hamburger Steuersubventionen entgegen wie z.B. für die Herstellung einer Kunsthaut zur Erprobung seiner Nivea-Produkte. Im Unternehmen haben Arbeitsverdichtung und Stress derart zugenommen, dass viele Beschäftigte ausgebrannt sind. Bei Neueinstellungen selektiert das Unternehmen nach scharfen Einstellungskriterien, bis vor kurzem mit obligatorischem Bluttest. Es gibt also viele Gründe, auch auf Eimsbüttler Unternehmen politisch ein Auge zu werfen und so die Beschäftigten zu unterstützen.

ER: *Wir bedanken uns für ihre informativen Antworten und wünschen ihnen und uns ein starkes Wahlergebnis.*



Sparbierplatzsportplatz an Agaplesion AG

Der Senat hat wieder etwas zu verschenken!

Der Klotz auf dem Ex-Sparbiertplatz steht. Die bürgerlichen Zeitungen jubeln: Die modernsten Operationssäle in Europa, 360 Krankenbetten mitten in Eimsbüttel.

Die andere Seite der Medaille: Eine große öffentliche Sportfreifläche mitten im dichtbesiedelten Kerngebiet von Eimsbüttel wurde privatisiert zugunsten eines expandierenden Gesundheitskonzerns unter christlicher Flagge.

Der Widersinn ist, eine unbebaute Fläche, die wegen ihrer Größe der allgemeinen Erholung diene und zudem eine Sportfläche war, wurde mit einem Krankenhaus bebaut – so werden zukünftige Patienten produziert. Es handelt sich um „ein Krankenhaus, das krank macht“.

Der verbliebene Restsportplatz und die 155 m lange Klinikfassade trennt jetzt – im Abstand von nur einem Meter – ein hoher Zaun. Die Torschüsse knallen quasi direkt vor die Klinikfenster.

Ursprünglich sollte das Klinikum in Stellingen auf dem Diakonie-eigenen Gelände Alten Eichen gebaut werden. Aber die Agaplesion AG – methodistischer Gesundheitskonzern und mit 60% Anteil der Eigentümer der Klinik – wollte mit aller Gewalt ins Zentrum von Eimsbüttel – ohne Rücksicht auf Verluste. Und so entpuppt sich ein angebliches Stadtteilkrankenhaus als „Gesundheitszentrum für Hamburg und Umgebung“ – ganz so, als gäbe es nicht um die Ecke das UKE.

Durchgedrückt wurde dieser Bauklotz vom ehemaligen Arzt des methodistischen Bethanienkrankenhauses und jetzigen Gesundheitssenators Dietrich Wersich – mit willfähriger Unterstützung der Bezirksversammlung Eimsbüttel einschließlich der SPD.

Die Zustimmung des größten von vielen Nutzern der Sportplätze – des ETV – wurde erkaufte durch das Versprechen einer Dreifeldsporthalle sowie von Kunstrasen auf den verbleibenden Sportflächen. Von den 100 Mio. Euro Baukosten zahlt der Hamburger Senat offiziell 66 Mio. € - Geld, das im sozialen Wohnungsbau fehlt. Hinzu kommt das Sportplatzgrundstück im

Wert von 20 Mio. €. Agaplesion bekommt es für die lächerliche Pacht von monatlich 3400 Euro.



Aber damit nicht genug. Gebäude und Grundstück des alten Elim fallen nach dem Erbbau-Pachtvertrag von 1925 vorzeitig an die Stadt zurück. Obwohl das im Pachtvertrag nicht vorgesehen ist, zahlt die Stadt dafür eine „Entschädigung“ von 8,4 Mio. € an die Agaplesion AG.

Agaplesion hat den vorderen Teil dieses Grundstücks inzwischen zurückgekauft. Über den Preis wurden keine Angaben gemacht. Der Konzern will hier einen „Praxenpark“ errichten, der dann an einzelne Ärzte vermietet werden kann – zum Schaden der bereits hier niedergelassenen Ärzte.

Agaplesion wird in Kürze mit 1.000 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber im Kerngebiet sein. Den Mitarbeitern ist Kirchenmitgliedschaft vorgeschrieben und gewerkschaftliche Tätigkeit untersagt. Entsprechend den kircheninternen „Arbeitsvertraglichen Richtlinien“ (AVR) werden unterdurchschnittliche Löhne gezahlt. (Gerichtsverfahren mit Ver.di sind anhängig).

Der Senator Dietrich Wersich schaffte es gerade noch bis zur Klinikeröffnungsfeier, bevor seine politische Karriere in Hamburg ein Ende hat. Ohne Senator Wersich, der drei Legislaturperioden für den Bau gekämpft hat, würde der Klotz dort nicht stehen. Ein Schelm, wer dabei an Seilschaften denkt oder die Vorgeschichte des

Senators. Jetzt schließt sich das Zeitfenster, das geprägt war durch die Privatisierung des LBK und die Bevorzugung christlicher Träger.

Wersich & Co. werden von der politischen Bühne verschwinden, doch die von ihnen geschaffenen Fakten werden leider weiterbestehen.

Ein Leserbrief an Eimsbüttler Rot

Hamburg, im Januar 2011

Wahlkämpfer

- Bürgermeister Ahlhaus (CDU) hat vor der Wahlveranstaltung mit Karl Theodor zu Guttenberg ein vertrauliches Gespräch geführt. Zu Guttenberg ist bereit, Ahlhaus den Weg zurück zur Mitgliedschaft in die Heidelberger schlagende Vereinigung zu ebnen, aus der Ahlhaus aus opportunistischen Gründen kürzlich ausgetreten war. Im Gegenzug wird Ahlhaus alle konservativen Kräfte im Umfeld der CDU für die Wiedereinführung der Monarchie unter Theo I in Deutschland zu mobilisieren.
- Olaf Scholz (SPD) erklärt verbindlich vor führenden Hamburger Wirtschaftsbossen, dass sich seine Politik nicht von der CDU unterscheiden wird.
- Die Spitzenkandidatin der GAL, Frau Hajduk, verspricht den Wählern des Wahlkreises Harvestehude-Rotherbaum, dort kein Kohlekraftwerk zu bauen.
- Die FDP wird mit ihrer Kandidatin eine radikale Veränderung des Gesichts ihrer Partei vornehmen. Die früher im Parteilogo verwendeten drei Punkte sollen künftig vor den Buchstaben stehen: .F.D.P und nicht mehr dahinter.
- Innensenator Vahldiek will nach gewonnener Wahl den von Obdachlosen bewohnten Atombunker am Hachmannplatz von Mitgliedern der Initiative „Wir wollen lernen“ wieder herrichten lassen, so dass CDU, SPD, GAL und FDP, die mit beiden Füßen auf dem Grundgesetz stehen, den Bunker für Veranstaltungen nutzen können.
- Scholz (SPD) wird nach eigener Aussage bei parteiinternen Wahlen keine Stimmzettel verschwinden lassen, wenn feststeht, dass er gewählt wurde.
- Seehofer (CSU) ist bereit den Antrag auf ein Verbot für die Partei Die LINKE zurückzuziehen, wenn Gregor Gysi (Die LINKE) bei Neuauflagen des Kommunistischen Manifests von Karl Marx und Friedrich Engels, den Begriff Kommunismus gegen „Demokratischen Sozialismus“ austauschen lässt.
- Ein Arbeitskreis aus CDU, SPD, GAL und FDP will in einer überparteilichen Initiative zur Reinhaltung der deutschen Sprache alle Begriffe ausmerzen, die an Kommunismus erinnern könnten.
- Begriffe wie Kommunikation oder Kommunalwahl sind durch andere Wörter zu ersetzen. Den gesunden Kräften in der Partei Die LINKE soll eine Möglichkeit zur Mitarbeit gegeben werden. Auch die jüngsten Maßnahmen der ungarischen Regierung sind zu verwerten.

Eine Gewähr für die Erfüllung aller obigen Aussagen kann vor der Wahl am 20. Februar nicht übernommen werden. Die Aufzeichnungen entsprechen aber dem letzten Gewissenstand aller Wahlkämpfer.

Kurt Henseleit

Nur Mut!
 UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP
 Die Kommunistische unter den Linken.
www.kommunisten.de

*Jetzt
4 Wochen
kostenlos
probelesen!*

Name _____ Vorname _____
 Straße _____
 PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Ja, ich will:

mehr Infos über die DKP und ihr Programm
 Kontakt zu einer DKP- Gruppe in meiner Nähe

Name _____
 Vorname _____
 Straße _____
 PLZ / Ort _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
 DKP-Partei Vorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de

Termine:
 Die Gruppe HH-West trifft sich jeweils im DKP-Zentrum Lindenallee 72

Montag, den 21.02.11 ab 19.00 Uhr trifft sich die Gruppe HH-West zu

- **Auswertung der Hamburger Bürgerschaftswahl**



Montag, den 7.03.11 ab 19 Uhr trifft sich die Gruppe HH-West zu

Ende der Krise oder Atemholen für die nächste Runde?

Wir über uns

Als Kommunisten haben wir uns zusammengefunden, um gemeinsam für eine menschliche Gesellschaft ohne Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung zu kämpfen. Eine Welt die nachhaltig eine Zukunft hat. Wir sind nicht blind, wir sehen die Übermächtigkeit der Herrschenden und den weiten Weg zur Erreichung dieser Ziele.

Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut, Klimawandel und Umweltkatastrophen, Kriege – sie sind Produkt dieses Kapitalismus.

Deshalb meinen wir wie schon Karl Marx: „Sozialismus oder Barbarei“.

Vor diese Alternative gestellt, hoffen wir, dass wir auch Sie für diesen Kampf gewinnen können. Dafür haben wir auch diese Zeitung erstellt.

Kommen Sie doch einfach einmal vorbei.
DKP-Gruppe Hamburg-West

Bert Brecht hat in dem folgenden Text aber andere Hoffende im Blick:

Die Hoffenden

Bertolt Brecht, Gesammelte Werke 8, Gedichte 1 S. 417, Gedichte 1926-1933, Suhrkamp Verlag, 1967

Worauf wartet ihr?

Dass die Tauben mit sich reden lassen

und dass die Unersättlichen euch etwas abgeben!

Die Wölfe werden euch nähren statt euch zu verschlingen!

Aus Freundlichkeit werden die Tiger euch einladen ihnen die Zähne zu ziehen!

Darauf wartet ihr!

IMPRESSUM und Kontakt

Eimsbüttler Rot – Zeitung der DKP-Gruppe Hamburg-West

V.i.S.d.P.: P.Wils, Lindenallee 72, 20259 Hamburg, Telefon 040 / 480 4900